



Fritz Helmedag
studierte VWL in
Tübingen und
Stuttgart-
Hohenheim.
Nach der
Promotion in

Aachen habilitierte er dort zum
Thema *Warenproduktion
mittels Arbeit – Zur
Rehabilitation
des Wertgesetzes*, bevor er
1993 den Lehrstuhl für
Mikroökonomie an der TU
Chemnitz übernahm. Helmedag
ist der Doktorvater Sahra
Wagenknechts.



Theorie | 22.12.2017

Kein Streit um des Kaisers Bart

Von Fritz Helmedag

Eine Replik zum schwelenden Diskurs über die Goldene Lohnregel,
individuelle Arbeitszeit und Beschäftigtenzahl.

Obwohl sich die Erwerbslosigkeit in Deutschland seit einiger Zeit im Trend verringert, ist es angesichts des nach wie vor seit Jahrzehnten bestehenden Millionenheers an Arbeitssuchenden verfehlt, von einem „hohen Beschäftigungsstand“ zu sprechen.^[1] Als ein Mittel zur Bekämpfung dieses Missstandes wird seit langem und mit schwankender Intensität die Verkürzung der individuellen Arbeitszeit propagiert. Jüngst haben Gewerkschaften diese Forderung wieder in Tarifverhandlungen eingebracht. Damit sollen auch die arbeitssparenden Wirkungen von Produktivitätserhöhungen ausgeglichen, wenn nicht sogar überkompensiert werden.

Es wird allerdings ebenfalls die Ansicht vertreten, dass eine entsprechende Lohnpolitik für sich gesehen schon hinreiche, den Arbeitseinsatz zu stabilisieren. So behaupten Flassbeck und Spieker (2014):

„Die reine Produktivitätssteigerung ist arbeitsplatzneutra, wenn sie denn in den Stundenlöhnen weitergegeben wird.“^[2]

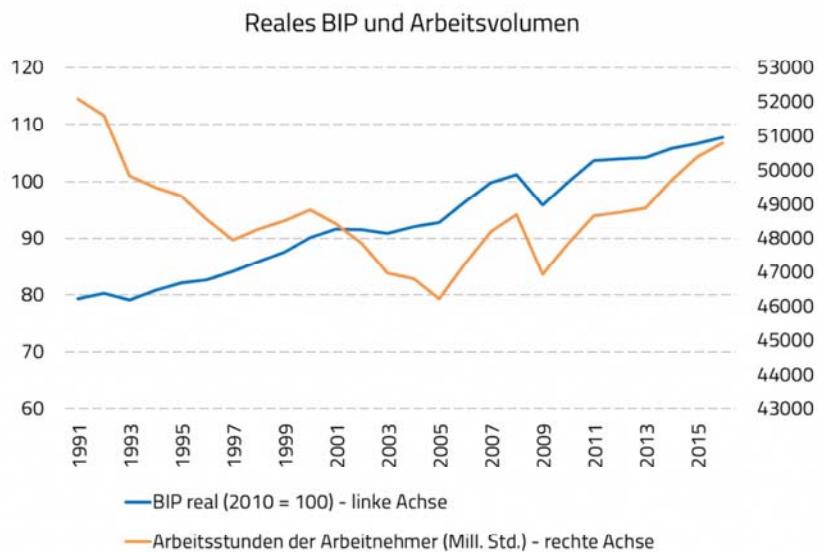
Demnach genüge zur Verhinderung eines Stellenabbaus allein schon die Verwirklichung der sogenannten Goldenen Lohnregel, d. h. bei entweder nominaler oder realer Betrachtungsweise wächst das Arbeitsentgelt mit gleicher Rate wie die Produktivität. In mehreren Analysen bin ich diesem Glauben entgegengetreten (zuletzt [hier](#)).

An dem gerade zitierten Aufsatz hat ein gewisser Johannes Nägele in E-Mails an mich harsche Kritik geübt, die ich in mehreren Antworten zurück gewiesen habe. Eine längere Fassung seiner Einwendungen hatte Nägele gleichwohl beim (nicht referierten) „Munich Personal RePEc Archiv“ eingestellt. Wegen der geringen Bedeutung hätte ich es dabei bewenden lassen, wenn nicht Makroskop die komprimierten Ausführungen Nägeles in zwei Teilen am 15. ([hier](#)) und 29. ([hier](#)) November veröffentlicht hätte, ohne mir – entgegen jedweder Gepflogenheit – vorab die Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben.

Auf den ersten Blick könnte man denken, die Artikel Nägeles brächten eine berechtigte Kritik an meiner Untersuchung zum Ausdruck. Da aber meines Wissens weitere Personen den aufgetischten Vorurteilen beipflichten, richtet sich die kommende Aufklärungsarbeit nicht nur an Nägele, sondern zudem an eine mehr oder minder große Adressatenschar. Doch bevor ich die anstehenden Fragen aus theoretischer Sicht beleuchte, rückt die tatsächliche Entwicklung der relevanten Größen in Deutschland seit 1991 in den Fokus.

Die Abbildung 1 zeigt, dass sich im Beobachtungszeitraum der Indexwert des realen Bruttoinlandsprodukts (BIP) von etwa 80 auf knapp 110 erhöht hat. Mit dieser doch beträchtlichen Steigerung über den Zeitraum hinweg war indes kein Anwachsen des Arbeitsvolumens der abhängig Beschäftigten verbunden. Zwar wächst diese Größe in der jüngeren Vergangenheit, aber die Gesamtmenge der verrichteten Stunden liegt 2016 noch immer unter dem Ausgangsniveau. Der Verlauf der beiden Kurven belegt, dass sich seit der deutschen Wiedervereinigung insgesamt gesehen die Arbeitsproduktivität nennenswert erhöht hat.

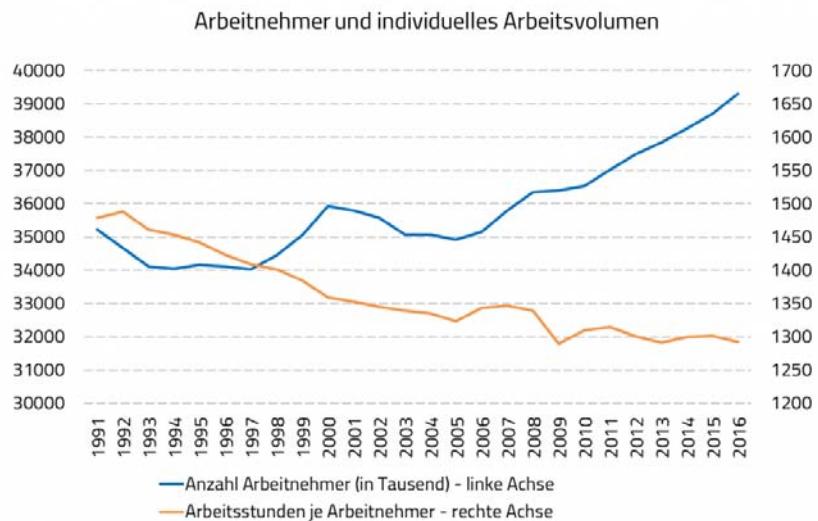
Abbildung 1



Quelle: www.destatis.de

Wie der Abbildung 2 zu entnehmen ist, hat in den betrachteten Dezennien die Zahl der Arbeitnehmer vor allem seit 2005 merklich zugenommen. Dieser Prozess wurde allerdings von einem Schrumpfen der durchschnittlich geleisteten Stunden pro Kopf begleitet: Die individuelle Arbeitszeitverkürzung prägt die Wirtschaftsgeschichte (nicht nur) der letzten Jahrzehnte. Aber dieser Prozess läuft hierzulande höchstens asymmetrisch ab: Während Hunderttausende bezahlte sowie nicht vergütete Überstunden verrichten, müssen zugleich Millionen Menschen unfreiwillig mit Mini- oder Midijobs über die Runden kommen. Allein schon diese Tatsache rechtfertigt es, über eine wohlfahrtsfördernde Gestaltung der faktisch gegebenen Arbeitszeitverkürzung zu reden.

Abbildung 2

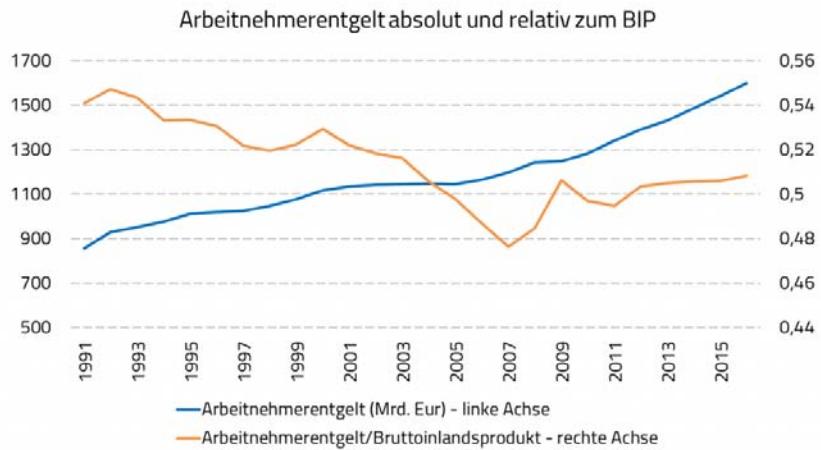


Quelle: www.destatis.de

Kommen wir schließlich zur Frage, wie die Werktagen im Verteilungskampf abgeschnitten haben. Die Abbildung 3 informiert darüber, dass sich zwar die nominale Bruttolohnsumme kontinuierlich vergrößert hat, aber gesamthaft betrachtet nicht im gleichen Ausmaß wie die volkswirtschaftliche Leistung. Die auf das BIP bezogene Lohnquote verläuft bis 2007 fast durchgängig abwärtsgerichtet. Erst in den letzten Jahren konnten die abhängig Beschäftigten ihren Anteil am Sozialprodukt leicht ausdehnen, die Quote liegt jedoch 2016 unter dem Wert von 1991. Die Arbeitnehmervertreter haben es also keineswegs geschafft, die Vorgaben der Goldenen Lohnregel zu realisieren.

Dies liegt eben auch daran, dass die Verhandlungsposition der Gewerkschaften vor dem Hintergrund der Massenarbeitslosigkeit relativ schwach ist. Dies wird sich erst ändern, wenn es gelingt, viel mehr Menschen in Lohn und Brot zu bringen. So wie die Dinge stehen, ist daran freilich nicht einmal im Traum zu denken: Ohne die planvolle Verringerung der zu absolvierenden Stunden pro Nase wird kein Weg zu einem hohen Beschäftigungsstand führen.

Abbildung 3



Quelle: www.destatis.de

Der empirische Befund macht schlagend deutlich, dass die Arbeitszeitfrage zweifellos aufs Tapet gehört – unabhängig davon, ob man glaubt, die (ofters nicht gelungene) Einhaltung der Goldenen Regel rufe eine Neutralisierung des Stellenabbaus durch technischen Fortschritt hervor. Die Problematik wird indes noch dringender, wenn sich demonstrieren lässt, dass die produktivitätsorientierte Lohnpolitik für sich genommen keineswegs automatisch garantiert, die Arbeitsfreisetzung durch Prozessinnovationen zu kompensieren. Dazu jetzt.

Die Scherentheorie auf dem Prüfstand

Die seit dem ersten Drittel des 19. Jahrhunderts andauernde Diskussion über die Beschäftigungswirkungen des technischen Fortschritts krankt in erster Linie daran, dass es sich vor allem um mehr oder weniger willkürliche Plausibilitätsüberlegungen handelt, die keine quantitative Abwägung gegenläufiger Effekte erlauben. Die jeweils vorgetragenen Thesen hängen deshalb von der subjektiven Einschätzung ab, welche Faktoren wie stark wirken. Gelegentlich wird in diesem Zusammenhang von einer „Scherentheorie“ gesprochen. Sie besagt, dass sich die Veränderung des Arbeitsvolumens aus der Differenz zwischen den Wachstumsraten des Sozialprodukts und der Stundenproduktivität ergeben. Diese Betrachtung setzt offenkundig voraus, die Triebkräfte für die Entwicklung der makro- und mikroökonomischen Leistungskennzahlen zu identifizieren.

Vor diesem Hintergrund habe ich in dem kritisierten Aufsatz ein präzise formuliertes Modell entwickelt, das es erlaubt, sowohl die kausale Struktur als auch das Zusammenspiel der entscheidenden Determinanten aufzudecken. Wenngleich sich meine Analyse selbstverständlich möglichst einfach präsentierte, waren dennoch 26 Gleichungen nötig, um die minimal erforderliche Vielschichtigkeit abzubilden.

Angesichts dessen ist es höchst verwunderlich, dass Nägele vorgibt, das „helmedagsche (sic) Modell“ auf sieben Gleichungen eingedampft zu haben, wobei erstaunlicherweise nirgends eine Wachstumsrate auftaucht – trotz der Beteuerung meines Kritikers, der Systemdynamik gerecht werden zu wollen. Tatsächlich wirft Nägele schlankerhand alle von ihm als „unnütz“ bezeichneten Formeln über Bord. Überhaupt bedarf es seiner Meinung nach keiner Kenntnis „der mathematischen Formulierungen en détail“. Allein schon diese rigorose Problemverniedlichung macht klar, dass es sich um eine sinnentstellende Verkürzung meiner Ausführungen handeln muss. Das hält Nägele aber nicht davon ab, in Teil 2 seiner Philippika zu schulmeistern: „An dieser Stelle darf man es sich nicht zu einfach machen und die hochkomplexe Wirkungskette der AZV (Arbeitszeitverkürzung, F. H.) auf wenige makroökonomische Variablen reduzieren.“ Schön wäre es gewesen, wenn sich der Autor selbst an diesen Ratschlag gehalten hätte.

Aber es kommt noch toller: Kein einziger der Ausdrücke, die Nägele für vorzeigenswert hält, stimmt mit einer meiner Gleichungen überein. Lediglich zwei immer richtige Komponentenzerlegungen aus meinem Aufsatz sind bei ihm zu finden, allerdings in anderer Schreibweise. Und genau auf diese beiden unstrittigen *Definitionen* stützt Nägele seine Anwürfe, indem er wahrheitswidrig behauptet, sie wären der (tautologische) Kern meiner Beweisführung. Mit dieser freihändigen Konstruktion im ersten Teil rechtfertigt er sein vernichtendes Gesamturteil:

„Summa summarum ist Helmedags Beitrag für die tatsächliche Debatte völlig irrelevant.“

Tatsächlich hat Nägele (neben anderem) die werttheoretische Basis meiner Analyse komplett unterschlagen.^[3] Ohne hier die Deduktion im Einzelnen zu wiederholen, sei wenigstens der Aufbau meiner Argumentation in aller Kürze skizziert, damit klar wird, weshalb seine Kritik neben der Sache liegt.

Den Ausgangspunkt meiner Untersuchung bilden die statistisch ermittelbaren (s. o.) gesamtwirtschaftlichen Durchschnittsgrößen Ertrag pro Stunde (γ) und Lohn (w), der für diese 60 Minuten gezahlt wird. Der Quotient $w/\gamma < 1$ stellt die realen Lohnstückkosten dar, die den dimensionslosen Prozentanteil des Stundenertrags angeben, welchen der Standardarbeiter für diesen Zeitraum zur Vergütung seiner Leistung bekommt. Dieser Bruch korrespondiert mit dem Konzept der „labour embodied“ in der klassischen Politischen Ökonomie. Der Kehrwert $\gamma/w > 1$ heißt dort „labour commanded“ und bringt das Produktions- bzw. Kernpreisniveau zum Ausdruck.^[4] Dieser Indikator erfasst die Kaufkraft des Geldes, das für Waren ausgegeben wird, deren hergestellte Menge bei freien Kapazitäten durch den Einsatz menschlicher Arbeitskraft ohne größeren Zeitverzug an die effektive Nachfrage angepasst werden kann.

Um den Fokus von der nominalen Betrachtung auf die korrespondierenden realen Größen zu richten, muss deshalb – im Unterschied zur Vorstellung Nägeles – gar nicht auf irgendeinen warenkorbbasierten (und damit mehr oder weniger beliebigen) Preisindex zurückgegriffen werden.

Definitorisch ergibt sich das gesamtwirtschaftliche Arbeitsvolumen (N) als Quotient aus BIP (γ) und Stundenertrag γ : $N = \gamma/\gamma$; ein trivialer Zusammenhang, den Nägele irrtümlich als zentrales *Resultat* meiner Untersuchung ausgibt.^[5] Für die Wachstumsraten der drei Größen ergibt sich schon rein formal die oben vorgestellte Scherentheorie: Wenn der Gesamtoutput im Zähler des Bruchs schwächer wächst als die Stundenproduktivität im Nenner, nimmt das Arbeitsvolumen ab und umgekehrt. Allerdings wird die Feststellung erst dann wirklich zu einer *Theorie*, wenn die Veränderungsraten von γ und w erklärt werden.

Während man die Entwicklung der Stundenproduktivität γ als empirisch ermittelbare und für die nähere Zukunft recht sicher prognostizierbare Ausgangsbasis akzeptieren kann, müssen die Determinanten des Sozialprodukts identifiziert werden, damit Aussagen über seine Veränderung im Zeitablauf möglich werden. Hierzu habe ich (wie es in der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung üblich ist) die Einkommen aus abhängiger Beschäftigung sowie aus Unternehmertätigkeit und Vermögen voneinander separiert. Für die Empfänger wurden ferner gruppenspezifische Reinvermögensbildungs-, Import- und Steuerlastquoten berücksichtigt, die modellexogen fixiert sind. Mit den realen Lohnstückkosten und den vorgegebenen autonomen Ausgaben bestimmen diese durchaus veränderlichen Faktoren die Höhe des BIP (vgl. die Gleichungen (10), (15) und (17)).^[6] Dabei hängt es von der Datenkonstellation ab, ob z. B. eine Produktivitätssteigerung für sich genommen das Sozialprodukt erhöht oder nicht (vgl. Gleichung (16)). Ebenso ist *a priori* offen, in welche Richtung sich das Arbeitsvolumen nach einer Lohnsatzmodifikation bewegt (vgl. Gleichung (20)). Über all dies schweigt sich Nägele aus.

Die Komplexität der Zusammenhänge reduziert sich freilich drastisch, wenn die Goldene Lohnregel umgesetzt wird und nur die autonomen Ausgaben variieren. Zunächst einmal wird wegen der Konstanz des Bruchs w/γ das Produktionspreisniveau stabilisiert. Überdies tangiert eine die Produktivitätszunahme kompensierende Anpassung der Bezüge die funktionale Distribution nicht. Deshalb bezeichnet man einen solchen Tarifabschluss als *verteilungs- bzw. kostenniveaneutral*. Der prozentuale Anteil der Lohnsumme am BIP deckt sich dabei mit den realen Lohnstückkosten.^[7] Ferner verändern sich die Volumina der Arbeits- und Profiteinkommen mit demselben Prozentsatz wie die diskretionäre Nachfrage.

Wenn jedoch die von den autonomen Ausgaben angetriebene Expansion des Sozialprodukts hinter dem Wachstum der Stundenproduktivität zurückbleibt, geht das Arbeitsvolumen gemäß der Scherentheorie notwendigerweise zurück. Damit ist der Glaube zerstört, allein schon die Übereinstimmung der Veränderungsraten des Lohnsatzes und des Stundenertrages seien arbeitsplatzneutral. Vielmehr kommt es auf die Dynamik des makro- bzw. mikroökonomischen Outputs an, ob es insgesamt mehr oder weniger Arbeitszeit zur Erzeugung des BIP braucht. Zwar lässt eine Produktivitätssteigerung im Verein mit einer entsprechend üppigeren Vergütung das Verhältnis zwischen den Lohn- und Gewinnsummen unberührt, aber die Einkommen werden wegen der höheren Ergiebigkeit der Arbeit in weniger Stunden erzeugt.

Falls die Wirtschaftsaktivität als Folge einer fixen diskretionären Nachfrage stagniert, reduziert sich bei unveränderten realen Lohnstückkosten das Arbeitsvolumen N mit gleicher Rate wie die Produktivität γ zunimmt. In diesem Fall sinkt die Zahl der Beschäftigten (B), sofern die individuelle Durchschnittsarbeitszeit (τ) beibehalten wird, da definitorisch $B = N/\tau$ gilt. Über diesen auf der Hand liegenden Zusammenhang geht nach Nägeles Wahrnehmung meine Argumentation nicht hinaus. Von wegen: Entscheidend ist die Aufdeckung, von welchen Einflussfaktoren das BIP und das Arbeitsvolumen abhängen, und diesbezüglich wartet mein Beitrag durchaus mit Einsichten auf, die eine Entscheidungshilfe bieten.

Um im gegenwärtigen Umfeld einen Stellenabbau bei ausschließlicher Befolgung der Goldenen Lohnregel zu verhindern, habe ich den Gewerkschaften zu einer Doppelstrategie geraten: Es gereicht zum Vorteil ihrer Klientel, sowohl eine Lohnerhöhung nach Maßgabe des Produktivitätsgewinns als

auch eine Arbeitszeitverkürzung im selben Umfang durchzusetzen. Dann geht bei „vollem Lohnausgleich“, d. h. unveränderten individuellen Bezügen, wenigstens keine Stelle verloren. Außerdem gibt es mehr Muße, was durchaus den Wünschen vieler Erwerbstätiger entspricht.

Verzichtet man hingegen auf reduzierte Arbeitszeiten, erfreuen sich zwar die noch Beschäftigten eines höheren Einkommens, aber ihre Zahl und damit die Verhandlungsmacht ihrer Interessenvertreter schrumpfen. In Tarifauseinandersetzungen sollte die Arbeitnehmerseite daher neben der Preisforderung die zieladäquate Mengenkomponente im Auge behalten.

Anmerkungen

[1] Diese wirtschaftspolitische Zielsetzung findet sich (neben anderen) in § 1 des am 8. Juni 1967 erlassenen Gesetzes zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft und vorher schon in § 2 des Gesetzes über die Bildung eines Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung vom 14. August 1963.

[2] URL: www.flassbeck-economics.de/professor-bontrup-und-ein-ziemlich-alter-trugschluss (allerdings nur hinter einer Paywall abzurufen). Das genannte AutorengeSpann greift mit dieser Behauptung Bontrup an, der zu den engagiertesten Vertretern der Gegenposition zählt. Der in mehreren Runden ausgetragene Streit zwischen den Kontrahenten ist auf den „Nachdenkseiten“ (URL: www.nachdenkseiten.de) vom 13.10.2014 unter Nr. 8 der „Hinweise des Tages“ archiviert.

[3] Dieser Hinweis widerlegt Nägeles Behauptung, meine Darlegungen ließen sich „... als eine Abwandlung eines keynesianischen Standardmodells, eines sogenannten injection-leakages-model“ beschreiben.“ Abgesehen davon ist die englische Bezeichnung wenig glücklich. Investitionen stellen z. B. als Sachvermögensaufbau eine „Injektion“ in die Zirkulation dar, die fälschlich zugleich als „Kreislaufleck“ klassifiziert wird, weil sie – neben der Geldvermögensakkumulation – einen Teil der als Sparen bezeichneten Reinvestition ausmacht. Außerdem sind Steuern kein definitiver Abfluss aus dem Einkommen der Privaten.

[4] Darauf fußt im Übrigen die strenge Korrelation zwischen Inflation und Lohnstückkostenwachstum, auf die Flassbeck mit Recht mehrfach hingewiesen hat. Im generellen Gleichgewicht einer Walras-Wirtschaft, in der aus Beständen getauscht wird, repräsentiert hingegen der Geldpreis des Numéraire das Preisniveau. Vgl. Helmendag, F., Ohne Werte und kreislaufschwach, Zum Status der Allgemeinen Gleichgewichtstheorie, in: Helmendag, F. und Reuter, N. (Hrsg.), Der Wohlstand der Personen, Festschrift zum 60. Geburtstag von Karl Georg Zinn, Marburg 1999, S. 43-48 (https://www.tu-chemnitz.de/wirtschaft/vwl2/downloads/paper/helmedag/allg_gg.pdf), S. 54 f.

[5] Nägele hält mir zudem vor, den Unterschied zwischen Inlands- und Inländerkonzept nicht zu beachten. Die Differenz ist aber in der theoretischen Analyse belanglos und auch quantitativ von untergeordneter Bedeutung. Der Unterschied zwischen dem Leistungsbilanzsaldo und dem Außenbeitrag darf im vorliegenden Rahmen selbstverständlich ebenfalls vernachlässigt werden.

[6] Nicht näher spezifizierte Nummerierungen beziehen sich auf meinen in Rede stehenden Aufsatz. Im Übrigen moniert Nägele wiederum ohne jeden Beleg, ich würde die diskretionäre Nachfrage, die neben den Investitionen, die Exporte und die Finanzierungssalden des Fiskus sowie der Sozialversicherungshaushalte umfasst, als konstante Größen behandeln. Papperlapapp: An mehreren Stellen habe ich auf die Bedeutung insbesondere des Staatsdefizits für eine wirkungsvolle Beschäftigungspolitik hingewiesen. Dies setzt selbstverständlich voraus, dass die Parameter – etwa als Folge einer politischen Entscheidung – variabel sind.

[7] Aus diesem Grund liegt es im Interesse der Belegschaften, die realen Lohnstückkosten zu steigern. Indes ist die Erfüllung dieses Wunsches durch Tarifverhandlungen nur schwer möglich, da Nominallohnverbesserungen regelmäßig in den Preisen weitergegeben werden. Allerdings kann der Staat – etwa durch die Festlegung höherer gesetzlicher Mindestlöhne und ihrer wirksamen Kontrolle – zu einer Anhebung des Lohnniveaus beitragen.